

Inhaltlicher Antrag

Antrag an die 66. Mitgliederversammlung des fzs e.V.

Initiator*innen: Vorstand

Titel: Aus der Pandemie lernen, JETZT Politik ändern

Antragstext

1 Auch die Hochschulen sind seit März 2020 massiv von der Corona-Pandemie
2 betroffen. Anders als viele Schulen sind die meisten Hochschulen seitdem
3 durchgehend in fast vollständiger Onlinelehre. Für Studium und Lehre hat das
4 verschiedenste Auswirkungen.

5 Entscheidungsfindung

6 Es wird gerne über Studierende aber nicht mit ihnen gesprochen. Und obwohl
7 Hochschulen und Politik seit Jahren mehr Beteiligung von Studierenden predigen,
8 zeigt sich ein ganz anderer Trend. Denn während der gesamten Pandemie hat sich
9 an Hochschulen eine Zentralisierung von Entscheidungen auf Präsidien,Rektorate
10 und Dekanate gezeigt. Auch angesichts der bestehenden Demokratiedefizite in den
11 Entscheidungsstrukturen fast aller Hochschulen, ist diese Entwicklung
12 bedenklich. **Existierende Gremienstrukturen dürfen nicht übergangen werden,**
13 sondern müssen durch die Hochschulleitungen dabei unterstützt werden,
14 schwerfällige Prozesse zu beschleunigen, ohne dabei auf Austausch zu verzichten.
15 Dabei sind auch die einzelnen Mitglieder der Gremien gefragt. **Grundsätzlich muss**
16 **gelten, dass Betroffene bei allen Entscheidungen angehört und berücksichtigt**
17 **werden.** Hastige Entscheidungen von Hochschulleitungen haben immer wieder dazu
18 geführt, dass unpraktikable "Lösungen" gefunden wurden, die später umständlich
19 bereinigt werden mussten. Durch die Einbindung aller Betroffener lässt sich
20 dieses Problem in Grenzen halten. **Wir fordern eine Beteiligung aller**
21 **Statusgruppen an den Pandemie-Taskforces,** die viele Hochschulen eingerichtet
22 haben. Studierende müssen dabei insbesondere in den Entscheidungen über die
23 Ausgestaltung von Lehr- und Prüfungsformen einbezogen werden.

24 Überbrückungshilfe

25 Schon vor der Pandemie war die Studienfinanzierung unzureichend. Durch den
26 Wegfall von Jobs in Branchen wie der Gastronomie oder dem Kulturbetrieb befinden
27 sich viele in einer finanziell prekären Lebenssituation. So waren zwei Drittel
28 der Studierenden für die Finanzierung ihres Studiums auf einen Nebenjob
29 angewiesen. Ein solcher Nebenerwerb ist auch deshalb notwendig, weil nur 11 %
30 aller Studierenden BAföG beziehen. Die niedrige Förderungsquote hat ihren
31 Ursprung unter anderem in den zu niedrig angesetzten Elternfreibeträgen. So
32 fallen insbesondere Studierende aus den unteren mittleren Einkommenschichten
33 aus der Förderung. In Zeiten der Pandemie rächt sich, dass die Bundesregierung
34 die Augen vor der Notwendigkeit einer umfangreichen BAföG-Reform über Jahre
35 hinweg verschlossen hat. Zwar wurde die Überbrückungshilfe für Studierende nach
36 großem öffentlichem Druck von Studierendenvertreter*innen aufgelegt. Doch die
37 Hilfen von maximal 500€ im Monat, sofern ein Kontostand von unter 100€
38 vorgewiesen werden kann, reichen bei weitem nicht zur Deckung von
39 Lebenshaltungskosten aus. Zudem wurden knapp die Hälfte der Anträge auf
40 Überbrückungshilfe abgelehnt, weil die Notlage der Studierenden schon vor der
41 Pandemie bestand.

42 **Der fzs fordert als Reaktion darauf weiterhin eine sofortige Öffnung der Bafög-**
43 **Förderung für Nothilfen.** Dazu muss schnellstmöglich ein entsprechendes Gesetz
44 beschlossen werden. Hunderte Millionen unverausgabte Bafög-Mittel können so
45 denen zugutekommen, für die sie bestimmt sind. **Sollte die Weigerung der**
46 **Bundesregierung und des Bundestags, eine entsprechende Regelung auf den Weg zu**
47 **bringen, fortbestehen, muss die sogenannte Überbrückungshilfe angepasst werden.**
48 Im September 2020 hat das BMBF die Überbrückungshilfe eingestellt. Die erneute
49 Öffnung hat bis in den Dezember gedauert, obwohl für November angekündigt. Eine
50 derartige Situation darf sich nicht wiederholen. Es ist schon jetzt absehbar,
51 dass im April noch viele der Einschränkungen notwendig sein könnten, außerdem
52 werden viele Studierende unter den Folgen der monatelangen finanziellen Engpässe
53 leiden. Das BMBF muss unmittelbar im Anschluss an die jetzigen
54 Überbrückungshilfen ein Folgeprogramm für das Sommersemester auflegen. Dieses
55 neue Programm muss als Maximalförderung mindestens die Höhe des Bafög-
56 Höchstsatzes betragen. Außerdem muss die Vergabe vom Nachweis
57 „pandemiebedingter“ Not entkoppelt werden. Ein Jahr nach Beginn der Pandemie ist
58 erstens die Unterscheidung hier kaum möglich, zweitens muss auch anderen
59 Studierenden geholfen werden. Studierende, die neben dem Studium in
60 Selbstständigkeit arbeiten, dürfen nicht von der Hilfe ausgeschlossen werden,
61 wenn sie sie benötigen. Entscheidend für den Anspruch muss der
62 Studierendenstatus sein.

63 **Neben der finanziellen Förderung müssen finanzielle Belastungen erleichtert**
64 **werden.** In vielen Bundesländern werden **Studiengebühren** für Zweitstudiengänge,
65 „Langzeitstudierende“ und Nicht-EU Staatsbürger:innen erhoben. Besonders
66 internationale Studierende ohne Arbeitserlaubnis, aber auch andere Betroffene,
67 kommen durch die Gebühren in existenzielle Notlagen. Die Gebühren müssen deshalb
68 für die Dauer der Pandemie erlassen werden, die bereits erhobenen Gebühren des
69 Sommersemesters 2020 und des Wintersemesters 2020/21 müssen zurückerstattet
70 werden. Von den Hochschulen erhobene **Semestergebühren** müssen bei Notlage der
71 Studierenden erlassen werden, gleiches gilt für verpflichtende Semestertickets.
72 Hier sind die Länder in der Pflicht, finanziell einzuspringen.

73 Hochschule als nichtnursozialer Raum

74 Solange während der Pandemie keine Home-office Pflicht für alle erlassen wird
75 und auch Fabriken und Einzelhandel geöffnet haben, müssen auch Hochschulen in
76 Teilen geöffnet sein.
77 Als erstes müssen Bibliotheken und Arbeitsplätze für Studierende geöffnet
78 werden. Damit wird Studierenden, die derzeit ohne ordentlichen Arbeitsplatz von
79 daheim studieren, eine Alternative geboten. Bibliotheken dürfen
80 selbstverständlich nur öffnen, wenn die Inzidenzzahlen dies zulassen und müssen
81 weiterhin ein gut ausgearbeitetes und durchgeführtes Hygienekonzept vorlegen.
82 Allgemein ist eine Rückkehr in die Präsenz zu begrüßen. Hochschulen stellen für
83 Studierende einen sozialen Raum dar, der diskursgeprägt aber derzeit durch die
84 Pandemie nur sehr eingeschränkt zugänglich ist. Eine Pflicht zur Präsenz für
85 Studierende darf es allerdings auf keinen Fall geben. Studierende dürfen weder
86 dazu gezwungen werden, mit anderen Menschen zusammen in einem Raum zu sitzen,
87 noch sich auf dem Weg dort hin einer zusätzlichen Ansteckungsgefahr auszusetzen.
88 Das gilt unabhängig davon, ob die Studierenden nachweislich zu einer
89 Risikogruppe gehören oder nicht und gilt ausdrücklich auch für Prüfungen.

90 Mental Health

91 Insgesamt führen finanziellen Probleme, Einsamkeit und die Unklarheit über die
92 kommende Prüfungsphase zu einer erhöhten psychischen Belastung der Studierenden.
93 Sie kämpfen mit Konzentrationsproblemen, Schlafstörungen, Zukunftsängsten und
94 Folgen sozialer Isolation. Um Studierende in dieser schwierigen Zeit und darüber
95 hinaus zu unterstützen, müssen die Sorgen seitens der Politik endlich ernst
96 genommen werden. Es braucht **mehr Geld für kostenlose psychotherapeutische und**
97 **psychosoziale Beratungen**, um die Probleme abzufangen. Länder und Bund müssen den
98 Träger:innen dieser Beratungsangebote mit Soforthilfen unter die Arme greifen.
99 Davon betroffen sind insbesondere die Studierendenwerke, aber auch einzelne
100 Hochschulen und Studierendenschaften. Wichtig ist, dass alle Träger:innen
101 psychosozialer Beratungsangebote kurzfristig über Mittel verfügen, um ihr
102 Angebot aufzustocken und die Beratung nach Absprache in persona oder über
103 Kommunikationsmittel (telefonisch, per Videokonferenz usw.) zu ermöglichen.

Begründung

106 Ergibt sich aus dem Antrag, Fragen gerne im Voraus, weitere Begründung gerne
107 mündlich.

108 Abstract:

- 109 • Gemeinsame Entscheidungsfindung durch alle Statusgruppen.
- 110 • BAföG für Nothilfen öffnen.
- 111 • Mindestens: Überbrückungshilfe sinnvoll verbessern.

- 112 • Wegfall der sozialen Interaktionen berücksichtigen.
- 113 • Deutlich mehr Geld für psychosoziale Beratung zur Verfügung stellen.